

Keine Verfassungsbedenken

Köhler unterzeichnet Gesundheitsreform

Bundestag und Bundesrat hatten die Gesundheitsreform nach rund einem Jahr Streit in der großen Koalition im Februar bereits endgültig verabschiedet. Seit 7. März lag es bei Bundespräsident Horst Köhler zur Prüfung. Im Gesetzgebungsverfahren waren wiederholt verfassungsrechtliche Bedenken aufgekommen. Köhler hat bereits mehrere Gesetze gestoppt, weil er Verstöße gegen das Grundgesetz sah. Doch nun steht dem Start der Gesundheitsreform nichts mehr im Weg: Köhler unterzeichnete das umstrittene Gesetz, nachdem er es knapp drei Wochen lang geprüft hatte. Durchgreifende Verfassungsbedenken, die die Ausfertigung verhindert hätten, habe es nicht gegeben, sagte sein Sprecher Martin Kothé.

Die gravierendsten Veränderungen bringt die Reform erst 2009: Dann soll die Finanzierung der ge-

setzlichen Krankenversicherung über den Gesundheitsfonds neu organisiert werden und in der privaten Krankenversicherung wird der neue Basisstarif eingeführt. Außerdem gilt dann eine allgemeine Versicherungspflicht. Doch auch schon jetzt werden für Versicherte und Patienten gravierende Änderungen durch die Reform spürbar: Ab 1. April wurden die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeweitet, so etwa bei Mutter-Kind-Kuren oder Impfungen. Ebenfalls dürfen ehemals gesetzlich Versicherte, die ihren Schutz verloren haben, in ihre Kasse zurückkehren. Außerdem werden die Krankenkassen eine Vielzahl neuer Wahltarife anbieten, darunter Selbstbehalt- und Rückerstattungstarife. Bei einigen der im Gesetz vorgesehenen neuen Tarife stellen sich die Kassen aber offenbar quer. Nach Re-

cherchen des ARD-Magazins „Plusminus“ wollen AOK, DAK, KKH, BKK, IKK und Techniker Krankenkasse ihren Versicherten kein bundesweites Hausarztmodell anbieten, obwohl dies künftig vorgeschrieben ist. Die Kassen wollten stattdessen nur in einigen Regionen Modellversuche fortführen. Beim Hausarztmodell können Kassen ihren Versicherten die Praxisgebühr zum Teil oder ganz erlassen oder auch Geld ausschütten. Der Versicherte verpflichtet sich jeweils für ein Jahr, zuerst immer einen festgelegten Hausarzt aufzusuchen. Ziel ist unter anderem, Doppeluntersuchungen zu vermeiden. Laut dem Bericht befürchten die Kassen Mehrkosten von bis zu 500 Millionen Euro. Die Gmünder Ersatzkasse und die Barmer Ersatzkasse hielten sich dagegen an die gesetzlichen Vorgaben.



hausmann cartoon



KZV Berlin

Versorgungsabbau – Zahnärzte warnen

Die von der Koalition geplanten Änderungen im Gesundheitssystem werden die aktuellen Strukturen der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung gehörig durcheinanderwirbeln. Die Zentralisierung (zahn)ärztlicher Versorgungsangebote, vor allem in Ballungsräumen, führt zwangsläufig zur Unterversorgung in der Fläche. Davon ist Dr. Jörg-Peter Husemann, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Berlin, überzeugt und sieht die wohnortnahe Versorgung gefährdet. Es ist wie bei einer bitteren Pille: Man sieht ihr die Wirkung nicht an. Die systemimmanenten Umwälzungen im Gesundheitswesen werden weitreichende Konsequenzen haben. Angesichts der politisch gewollten Zusammenlegung medizinischer Leistungen wird sich die wohnortnahe Versorgung eklatant verändern, sagt Husemann. Damit wird ein bisheriger Pluspunkt des gegenwärtigen Systems, über dessen Nutzen sich alle einig sind, zerschlagen. Dies betrifft natürlich auch und in besonderem Maße Zahnarztpraxen.

Man muss sich die Frage stellen, ob die Praxis um die Ecke ein Auslaufmodell ist und bald der Vergangenheit angehört. Da es von der Bundespolitik gefördert werde, Ärzte in Versorgungszentren zu konzentrieren, sei schon jetzt auf der einen Seite eine starke Zunahme dieser Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) festzustellen, dies würden auch Zahlen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung belegen. Auf der anderen Seite würde erwiesenermaßen die (zahn)medizinische Versorgung breiter Bevölkerungsschichten vor allem in ländlichen oder ostdeutschen Gebieten immer mehr brach liegen. Die Folge: Es ist abzusehen, dass so systematisch ganze Landstriche medizinisch und zahnmedizinisch unterversorgt bleiben werden, sofern sie es jetzt nicht schon sind. Ganze Regionen werden unter dem Aspekt der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung nach und nach ausbluten, so Husemann.